



Zur Sache

9-2024

Thema

Am Beispiel der Siedlungspolitik Israels

Von Helmut Schiemann

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der Ausgabe 9-2024 unserer neuen Reihe "Zur Sache" übermitteln wir Ihnen eine Stellungnahme von Herrn Helmut Schiemann, der uns dankenswerterweise die Verwendung genehmigt hat und für den Inhalt verantwortlich ist.

Am Beispiel der Siedlungspolitik Israels

HELMUT SCHIEMANN

In einem offenen Brief in der Frankfurter Rundschau vom 8. August 2020 an die damalige Bundeskanzlerin Angelika Merkel verteidigten 80 Kunstschaffende und Hochschullehrende das Recht, die Politik Israels kritisieren zu dürfen, ohne gleich als Antisemit diskreditiert zu werden. Welch Armutszeugnis für unsere Debattenkultur! Dass man sich dazu überhaupt bemüht fühlen muss! An dieser Thematik, die seit dem Terrorüberfall der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 mal wieder allseits präsent ist, zeigt sich in besonderem Maße, welche verheerende Auswirkungen die Behinderung des freien Denkens und eines offenen Diskurses annehmen kann.

Der fragliche Brief betraf lediglich einen Austausch von Positionen innerhalb Deutschlands, teilweise Israels, bestenfalls der westlichen Welt. Handelt es sich hierbei nicht sowieso schon um eine verengte Sichtweise? Wäre es nicht vielmehr angebracht zu fordern, dass auch die Positionen der muslimischen Welt – zumindest die gemäßigten – zur Diskussion gestellt werden müssten, um einen ausgewogenen Blick auf den seit Jahrzehnten schwelenden Nahostkonflikt zu erhalten. Wäre dies nicht die Voraussetzung, um die Auswirkungen der israelischen Politik zu verstehen und um schließlich auf dieser Grundlage an Lösungsansätzen zu arbeiten?

Am 24. Oktober 2023 verurteilte UN-Generalsekretär *Guterres* im UN-Sicherheitsrat den neuerlichen Hamas-Terror aufs Schärfste. Andererseits wies er darauf hin, dass dieser nicht „im luftleeren Raum“ geschehen sei. Vielmehr seien die Palästinenser „56 Jahre lang einer erdrückenden Besetzung ausgesetzt gewesen“. Er erntete schwere Vorwürfe und Rücktrittsforderungen von Seiten Israels, wie das heute-journal am selben Tag berichtete.

Diesen Eklat kommentierte in derselben Sendung der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, *Christoph Heusgen*. Israel hätte mit seiner Besatzung 56 Jahre lang das Völkerrecht verletzt – unter Missachtung zahlreicher verbindlicher Resolutionen des Weltsicherheitsrates. Ebenso verletze die israelische Siedlungspolitik das Völkerrecht und auch Deutschland habe es versäumt, hieraus Konsequenzen zu ziehen.

Am 30. November 2023 wurden bei *Markus Lanz* detaillierte Einblicke in die Zustände im Westjordanland gegeben. *Jürgen Trittin* berichtete, dass dort seit dem 7. Oktober – also in nur sieben Wochen – 185 Palästinenser gestorben seien, neun oder zehn durch militante Siedler, die übrigen durch israelische Soldaten. Bei seinem letzten Besuch in Israel habe er auch mit Oppositionellen gesprochen. Diese hätten den Vorwurf erhoben, dass die israelische Regierung den Terroranschlag vom 7. Oktober ermöglicht habe. Nur zwei Brigaden der Armee seien im Süden Israels stationiert gewesen, aber 32 im Westjordanland „zur Absicherung der Siedlungen und der Politik der Annexion, die dort unter *Netanjahu* wirklich eskalierend durchgeführt“ werde.

Er schilderte ein Beispiel: Vor etwa sechs oder zehn Jahren habe er im Westjordanland ein Hilfsprojekt besucht. In der Nähe habe sich eine – auch nach israelischem Gesetz – illegale Siedlung der Israelis befunden. Bei seinem letzten Besuch in der Region sei diese Siedlung an die öffentliche Strom- und Wasserversorgung angeschlossen gewesen. Um sie herum habe man eine drei Kilometer breite Zone eingerichtet, abgesichert durch die israelische Armee, die von den Palästinensern nicht betreten werden dürfe, obwohl das ihr Land ist. Dies hindere sie u. a. an einer landwirtschaftlichen Nutzung.

Kristin Helberg ergänzte weitere Aspekte. Seit 30 Jahren hätten die Palästinenser erfahren, dass Verhandlungen mit der israelischen Regierung nur zu immer neuen Siedlungen geführt haben. Dies hätte die Autonomiebehörde von *Mahmud Abbas* die Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung gekostet, da diese Behörde mit der israelischen Regierung kooperiert. Die Autonomiebehörde und Menschenrechtsorganisationen hätten sich um eine juristische Aufarbeitung der Zustände im Westjordanland bemüht, mit dem Ergebnis: Dort gäbe es eine institutionalisierte und strukturelle Benachteiligung einer Bevölkerungsgruppe durch eine andere, die auf Dauer ausgelegt sei. Laut internationalem Strafgerichtshof sei dies als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ definiert.

Zu den Verhältnissen im Westjordanland führte *Guido Steinberg* zusätzliche Details an. Dort habe sich eine neue bewaffnete Widerstandsbewegung junger Männer gebildet. Deshalb das harte Durchgreifen der Armee und die vielen Toten bei Razzien. Andererseits gäbe es dort zahlreiche neue illegale Siedlungen. Unter der neuen Regierung *Netanjahus* und unter dem Schutz des Militärs würden seit einem Jahr militante Siedler immer offensiver auftreten. Sie würden die Olivenbauern, Dörfer und kleine Städte angreifen und die Bewohner verprügeln – teils mit Todesfolge. Sie hätten „ganz klar das Ziel, das Westjordanland insgesamt zu übernehmen und möglichst viele Palästinenser aus ihren Wohngebieten zu vertreiben.“

Dies konkretisierte *Jürgen Trittin*. Die Bewohner von neun Dörfern seien bereits vertrieben worden. Laut *Guido Steinberg* sei die Stimmung in der palästinensischen Community weltweit am Kochen.

Am 1. Dezember 2023 berichtete u. a. die *Welt* über einen Artikel der *New York Times*. Danach hätte den israelischen Behörden bereits ein Jahr vor dem 7. Oktober ein 40 Seiten langes Dokument mit dem Codenamen „Jericho-Mauer“ vorgelegen, in dem der Terrorangriff der Hamas bis ins Detail beschrieben ist.

Am 7. Dezember 2023 informierte bspw. *RP online*, dass die *Netanjahu*-Regierung teils im besetzten Ost-Jerusalem und teils auf israelischer Seite den Bau von 1738 neuen Wohnungen genehmigt habe. Laut *Chagit Ofran* von der israelischen Friedensbewegung *Peace Now* würde dieser Vorgang viel Aufsehen erregen, wenn es keinen Krieg gäbe, denn „mit Blick auf das Streben nach einem zusammenhängenden palästinensischen Gebiet zwischen Ost-Jerusalem und dem Süden des Westjordanlandes sei das Bauvorhaben ‚sehr problematisch‘.“

Da kann es kaum überraschen, dass Israel die seit einem Jahr vorliegenden Anschlagpläne der Hamas ignoriert hat. Nun hat Israel einen Anlass zu versuchen, die Hamas mittels einer Bodenoffensive auszuschalten. Vor allem hat Israel nun die Möglichkeit, im Schatten dieses Krieges seine völkerrechtswidrige Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten zu forcieren. Würde man die Positionen gemäßigter Muslime zum Diskurs über den Nahostkonflikt zulassen, würde offensichtlich, dass die muslimische Welt gespalten ist. Auf der einen Seite haben sich in den letzten Jahrzehnten große Bevölkerungsgruppen immer weiter radikalisiert. Andererseits leiden in all diesen Ländern – unabhängig von den jeweiligen autokratischen Regierungen – große Anteile der Bevölkerungen unter eben dieser Radikalisierung und lehnen diese ab.

In einer Diskussion dürften gemäßigte Muslime nicht selten das Argument äußern, dass diese Radikalisierung und das Erstarken immer neuer Terrorgruppen – bis hin zu Al-Qaida, IS und Hamas – vor allem auch eine Reaktion sei auf die Unterdrückung der Palästinenser, auf die illegale israelische Siedlungspolitik und auf den mangelnden Willen bzw. auf die Unfähigkeit der westlichen Welt, dem Einhalt zu gebieten.

Ist nicht der Gedanke naheliegend, dass von den ritualisierten Bestrebungen, den Diskurs zu dieser Thematik auf israelgenehme Positionen zu beschränken, letztlich eine indirekte Mitverantwortung für die Opfer dieser Entwicklungen abzuleiten sei?

Bei *Markus Lanz* wurde auch kontrovers diskutiert, ob es sinnvoll sei, die israelische Politik als Apartheid zu bezeichnen. Vielleicht ist eher ein Vergleich mit der Zeit des Kolonialismus angebracht, mit der Entrechtung, Vertreibung und Tötung der einheimischen Bevölkerungen. Es kann kaum einen Zweifel darangeben, dass Israel mit seiner aktuellen Barbarei im Gazastreifen sein letztes Ansehen in der muslimischen Welt zerbombt. Zudem dürfte davon auszugehen sein, dass infolge dieses israelischen Vorgehens neue Generationen von Terroristen heranwachsen werden – und damit Keimzellen für das Entstehen der ein oder anderen neuen Terrororganisation.

Und so dreht sich die Spirale der Gewalt weiter . . . und weiter . . . und weiter . . . Dies zeugt nicht von der Intelligenz des Menschen.

Quellenangaben

Frankfurter Rundschau (08.08.2020). Israel-Kritik: „Eine Stimmung der Brandmarkung und Angst“. <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/eine-stimmung-der-brandmarkung-und-angst-90017066.html> [27.12.2023].

heute-journal (24.10.2023). <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/heute-journal-vom-24-oktober-2023-100.html> [27.12.2023].

Markus Lanz (30.11.2023). <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-30-november-2023-102.html> [27.12.2023].

Rheinische Post (RP online; 07.12.2023). Israel genehmigt neue Wohnungen in Siedlung in Ost-Jerusalem. https://rp-online.de/politik/ausland/nahostkonflikt/israel-genehmigt-neue-wohnungen-in-siedlung-in-ost-jerusalem_aid-102890457 [27.12.2023].

Welt (01.12.2023). Israel sollen Hamas-Anschlagspläne laut „New York Times“-Bericht bekannt gewesen sein. <https://www.welt.de/politik/ausland/article248818998/Seit-mehr-als-einem-Jahr-Israel-sollen-Hamas-Anschlagsplaene-laut-New-York-Times-Bericht-bekannt-gewesen-sein.html> [27.12.2023].

©: Helmut Schiemann (2023-12)

URL: <https://www.testamente-pruefen.de/Schiemann2023-12-Am-Beispiel-der-Siedlungspolitik-Israels.pdf>

Kontakt: info@testamente-pruefen.de

Web: <https://www.testamente-pruefen.de>